

Alternativen 4U

in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Fotos [M]: fotolia/Aamon; fotolia/Angela Jones; dpa/Tobias Hase; nd-Montage: Marita Kamischke

Eine vierfache Umkehr

Noch vor einem Jahr schien alles klar. Auf jede neue Krisennachricht hieß es in Europa: Noch mehr Sparen! Noch mehr Privatisieren! Noch mehr Rechte der Beschäftigten abbauen! Noch mehr Diktat der Finanzmärkte, Großkonzerne und ihrer politischen Sachwalter. Eine Regierung nach der anderen fiel dem zum Opfer. Ein Protest nach dem anderen lief ins Leere. Ein Alternativvorschlag nach dem anderen wurde ad acta gelegt. Aber diese eherne Logik ist gebrochen.

Occupy und Blockupy, politische Streiks und ein neues Selbstbewusstsein der Gewerkschaften, Völker, die nicht mehr nach der Order des Finanzkapitals abstimmen, Initiativen vor Ort, Menschen, die gemeinsam mit anderen sehr konkret Wege für ein eigenes gutes Leben suchen – frei und in Solidarität –, dies alles verändert die Situation. Neue, mitunter globale Kulturen des Protests sind entstanden – in Tunis und Kairo, Athen und Madrid, Tel Aviv und New York, Frankfurt am Main und Berlin. In ihrem solidarischen Gestus vereinen sie vor allem ein Wissen: »There Is An Alternative!« Der Gegensatz zwischen Beherrschten und Herrschenden wird wieder zum Thema – 99 gegen ein Prozent, Gemeinsamkeiten werden formuliert, über Ländergrenzen hinweg.

Es sind Brüche in den Mauern des Finanzmarkt-Kapitalismus entstanden, Risse im Block der Herrschenden, Projekte des Ausstiegs aus der kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft, die zu Einstiegen werden können. Die da »Unten« wollen nicht mehr so weiter leben, die da »Oben« können immer weniger einfach so weiter regieren.

Diese gemeinsame Beilage von »neues deutschland« und Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Teil einer seit Monaten hier geführten Diskussion: »Lasst uns über Alternativen reden!« Für uns hat diese Debatte über Alternativen vier Eckpfeiler:

- Alternativen beginnen mit Umverteilung – von Arbeit, Geld und Macht, von Eigentum und Zeit.

- Umverteilung ist die Voraussetzung für eine soziale und ökologische Umgestaltung von Produktions- und Lebensweise, der ganzen Gesellschaft.

- Umsteuern im Interesse der »99 Prozent« kann nur demokratisch erfolgen, egal ob bei der Eurokrise oder im Bereich der Energieversorgung. Die Politik der Hinterzimmergespräche und geschlossenen Sitzungen muss gebrochen werden.

- Bei alledem gilt das Prinzip umfassender Solidarität: Wir müssen unsere Probleme so lösen, dass sie vor allem zur Lösung der Probleme der Schwächsten in der Gesellschaft, des globalen Südens und der nachfolgenden Generationen beitragen.

Gerechte Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung, demokratisches Umsteuern, umfassende Solidarität – zusammen ergeben diese vier U einen echten U-Turn, einen Kurswechsel gegen das politische Diktat der globalisierten Wirtschaft. Sie begründen eine Möglichkeit, von der auch die Proteste von Kairo bis New York sprechen: die Möglichkeit

eines selbstbestimmten Lebens in Würde, Solidarität und Frieden für jede und jeden.

Wir glauben, dass es sich lohnt, das Gespräch hierüber aufzunehmen. Weil etwas zu gewinnen ist. »neues deutschland« und Rosa-Luxemburg-Stiftung laden deshalb ein: Sprechen wir über diesen vierfachen Kurswechsel, beginnen wir die Debatte.

Michael Brie,
Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS

INHALT:

- ◆ Gregor Gysi über Kriterien des Wandels – S. 2
- ◆ Heidrun Bluhm über faires Wohnen – S. 3
- ◆ Rainer Rilling über allgegenwärtige Zukunft – S. 4
- ◆ Annelie Buntenbach über gute Arbeit – S. 6
- ◆ Benjamin Winkler über digitale Demokratie – S. 8
- ◆ Sabine Leidig über solidarische Mobilität – S. 10

Ein Stück von der Torte – oder die ganze Bäckerei?

Foto: fotolia/
Claudia Paulussen

Alternativen gibt es immer nur zu etwas Bestimmtem. Je konkreter dies benannt wird, desto größer ist die Menge möglicher Alternativen. Die Alternativen zum »Kapitalismus« sind alle möglichen nichtkapitalistischen Gesellschaftsformen. Wenn wir dagegen den Begriff des Kapitalismus näher betrachten, so erscheinen viele Möglichkeiten, wie sich kapitalistische Herrschaftsverhältnisse in unterschiedlichen Gesellschaften und in unterschiedlichen Epochen darstellen.

Gefragt sind Kriterien

Alternativen wozu?

Von Gregor Gysi

Jede dieser Ausprägungen hat andere mögliche Ausprägungen als Alternative zu sich selbst. Schon deshalb ist das Prinzip der Alternativlosigkeit falsch. Aber es wird auch deutlich, dass Alternativen nicht immer etwas Begrüßenswertes sind.

Zu demokratisch verfassten Staaten gibt es – als »Alternative« – die Diktatur. Ein anderes Beispiel: Die Hartz-»Reformen« sind natürlich eine Alternative zu den vorher existierenden institutionellen Sicherungen sozialstaatlicher Garantien. Das gilt auch für die Alternativen zum Kapitalismus. Ein möglicher »Ausgang« des Klassenkampfes ist nach Marx auch der gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen. Bezogen auf heute kann das auch etwas Katastrophales sein. Das wäre mit Sicherheit keine gute Alternative. Reden wir also über Alternativen, ist nicht nur die Unterscheidung zwischen Alternativen im Kapitalismus und Alternativen zum Kapitalismus sinnvoll, sondern auch die Unterscheidung zwischen begrüßenswerten und

abzulehnenden Alternativen. Gefragt sind also Kriterien.

Für die Kämpfe um innerkapitalistische Alternativen genießt der Begriff der Gerechtigkeit Vorrang. So hat der Begriff der Einkommensgerechtigkeit, dessen Kern sicher der gerechte Lohn ist, seinen primären Sinn innerhalb kapitalistischer Eigentumsverhältnisse, es geht um die Anteile am produzierten Reichtum. Darum wird gekämpft. Ebenso kann man in der Beurteilung der politischen Ordnung und möglicher Alternativen zu ihrer konkreten Gestalt über die Machtverteilung sprechen. Es ist nicht gerecht, wenn privilegierte Leute ihre Macht über die veröffentlichte Meinung ausüben, weil sie Zeitungen mit großer Auflage oder private Fernsehsender besitzen können. Am Ende steht dann ein Berlusconi-System. Oder wenn Menschen den Eindruck haben, dass »die da oben« machen, was sie wollen, dann bedeutet das für die politische Inklusionskraft der Demokratie nichts Gutes. Umgekehrt wird dann klarer, was eine demokratische Reform wäre: Mehr wirksame Beteiligung aller am politischen Willensbildungsprozess.

Alternativen zum Kapitalismus benötigen dagegen Kriterien, deren Bezug zu innerkapitalistischen Aus-

einandersetzungen nicht so innig ist, dass es bei innerkapitalistischen Verteilungskämpfen bleibt, die aber trotzdem verständlich sind. Im Kapitalismus gibt es verteilungspolitische Klassenkämpfe um den Mehrwert. Eine sozialistische Gesellschaft dagegen soll die Produktion und die Verwendung des Reichtums zum Gegenstand demokratischer Herrschaft machen. Das zentrale Kriterium wäre also Emanzipation. Spiegelt man diesen Begriff aber in die innerkapitalistischen Auseinandersetzungen zurück, wird deutlich, dass eine Reihe von Institutionen jedoch Emanzipationsgewinne repräsentieren. Gewinne, die jederzeit bedroht sind. Dazu gehören Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Das sind Verfassungsprinzipien, die im Begriff sozialer Demokratie verschmelzen und eine Perspektive erkennen lassen, die den Horizont kapitalistischer Produktionsverhältnisse überschreitet. Demokratie kann ihre Grenze nicht dort finden, wo das Privateigentum an Produktionsmitteln beginnt. Im Gegenteil! Der Produktionsprozess gehört zum gesellschaftlichen Lebensprozess und muss den gleichen Prozessen der Steuerung unterworfen werden können, wie das bei der politischen Macht durch demokratische Verfahren der Fall sein kann. Denn Privateigentum an Produktionsmitteln, vor allem in Gestalt des konzentrierten Kapitals und der völlig entfesselten Finanzmärkte, stellt ja auch eine Macht dar, deren Kontrollbedürftigkeit wohl kaum noch bezweifelt werden kann.

Der innerkapitalistische Kampf um die Verteidigung und den Ausbau der sozialen Demokratie ist dann immer auch eine Auseinandersetzung, die über den Kapitalismus hinauswirken kann.



Gregor Gysi
ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag.

nd-Foto: C. Sungu

A N Z E I G E

GEMEINSAM
FÜR FRIEDEN UND
GERECHTIGKEIT

www.die-linke.de

DIE LINKE.

Privatisierung? Nein danke.

Konkrete Alternative: die Genossenschaft TLG FAIRWOHNEN

Von **Heidrun Bluhm**

Wenn es die Situation erfordert, müssen verantwortungsvolle Bundestagsabgeordnete auch außerparlamentarische Aktionen ins Leben rufen. Die Genossenschaftsgründung am 13. April 2012 war der Startpunkt für unser Projekt, mit dem Ziel, eine der letzten großen Privatisierungen des ehemaligen DDR-Volkvermögens an internationale Investoren zu verhindern. 30 Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE haben an jenem Freitag, dem 13., offiziell die »TreuhandliegenschaftsGenossenschaft FAIRWOHNEN i.G.« gegründet. Alles musste sehr schnell gehen, denn die

le Beispiele – wie etwa die Gagfah in Dresden – zeigen: Private-Equity-Gesellschaften haben kein Interesse, Immobilien langfristig zu betreiben und zu erhalten, sondern sind einzig an einer möglichst hohen und schnellen Rendite ihres eingesetzten Kapitals interessiert. Sie sind nicht vor Ort, Gewinne werden in die USA transferiert, wo viele Firmen ihren Hauptsitz haben. Sie fühlen sich gegenüber den Mieterinnen und Mietern nicht verantwortlich.

Angesichts rasant steigender Mieten, sinkender Realeinkommen und einer neuen Wohnungsnot halten wir einen Verkauf an internationale Finanzinvestoren für unverantwortlich. Ganz im Gegensatz zur Bun-

demokratisch und durch transparente Mitbestimmung zustande kommen. Jedes Genossenschaftsmitglied hat nur eine Stimme, unabhängig von der Höhe der gezeichneten Geschäftsanteile. Genossenschaftler sind also selbstbestimmte Eigentümer und gleichzeitig Mieter ihrer Wohnung. Das garantiert maximale Sicherheit bei relativ geringer Investition.

Der Erfolg der Genossenschaft FAIRWOHNEN und auch unsere Chancen im weiteren Bieterverfahren hängen von der Akzeptanz der Mieterinnen und Mieter ab. Um das zu erreichen, müssen wir vor Ort Überzeugungsarbeit leisten. Deshalb haben wir eine Tour durch die Städte und Ge-



Heidrun Bluhm ist bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Aufsichtsratsvorsitzende der Treuhandliegenschafts-Genossenschaft FAIRWOHNEN i.G.

Foto: DIE LINKE im Bundestag

Zu verkaufen: 11 500 Wohnungen der TLG.

nd-Foto: Camay Sungu



frist für eine Beteiligung am offiziellen Bieterverfahren folgte unmittelbar auf die Gründungsveranstaltung. Mittlerweile zählt die TreuhandliegenschaftsGenossenschaft FAIRWOHNEN i.G. etwa 400 Mitglieder.

Uns wäre es lieber gewesen, wenn Kommunen und örtliche Genossenschaften einzelne Wohnungsbestände hätten erwerben können. Einen entsprechenden Antrag mit dem Titel »Ausverkauf staatlichen Eigentums stoppen – Keine Privatisierung der TLG-Wohnungen« haben wir in den Bundestag eingebracht. Die Mehrheit aus CDU/CSU/FDP hat ihn abgelehnt. Erst nach dieser gescheiterten parlamentarischen Initiative kam uns die Idee, uns selbst aktiv am Bieterverfahren zu beteiligen.

Die zum Verkauf ausgeschriebenen 11 500 Wohnungen sind über alle fünf ostdeutschen Bundesländer auf 42 Städte verteilt. Schwerpunkte gibt es etwa in Rostock (1200 Wohnungen), Merseburg

(1400), Dresden (2300) und Strausberg (970). Bei einer Leerstandsquote von unter drei Prozent und Mieterlösen von über 40 Millionen Euro im Jahr 2010 handelt es sich um ein sehr gesundes Unternehmen. In der Presse wird sein Gesamtwert auf mindestens 569 Millionen Euro geschätzt.

Der Name FAIRWOHNEN, den sich unsere Wohnungsgenossenschaft gegeben hat, ist Programm. Wir wollen verhindern, dass die Bundesregierung auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter Kasse macht und die Immobilien meistbietend verhöckert. Der Staat würde damit einmal mehr die Verantwortung für eine soziale Wohnungspolitik aus der Hand geben und Tausende von Mieterinnen und Mietern der Willkür des Finanzmarktes überlassen. Vie-

desregierung halten wir Wohnen für ein fundamentales Grundbedürfnis. Die Wohnung ist der persönlichste Rückzugsraum, Privatsphäre, der Ort individueller Freiheit schlechthin. Sie muss besonders geschützt werden. Wohnungsversorgung verstehen wir als eine soziale Aufgabe. Internationale Finanzunternehmen gehorchen dagegen einzig der Logik des Marktes.

Wie bereits in der Vergangenheit bei ähnlichen Privatisierungen sind die Instrumente der Profitmaximierung absehbar: Es drohen Einzelverkäufe von hochwertigen Wohnungsbeständen an zahlungskräftige Mieter, selektive Luxus-sanierungen, maximale Ausschöpfung der Mieterhöhungsspielräume, Einsparungen bei Bewirtschaftung und Verwaltung der Wohnungsbestände und Stellenabbau in der Wohnungsverwaltung sowie ein kurzfristiger gewinnbringender Weiterverkauf der Wohnungsbestände. Gerade Letzteres hat

zur Folge, dass auch gut klingende Mieterschutzklauseln oder eine Sozialcharta wirkungslos bleiben und keinen Schutz bieten.

Wir – die Gründer der Genossenschaft und unsere zahlreichen Unterstützer – wollen beweisen, dass es auch anders geht. Wir werden beweisen, dass Renditejagd und Privatisierungswahn nicht alternativlos sind und dass auch in einer Marktwirtschaft soziale Zwecke durchaus effektiv und demokratisch zu erreichen sind.

Eine Genossenschaft stellt sicher, dass Überschüsse in den Wohnungsbestand reinvestiert werden oder an die Mitglieder ausgeschüttet werden, dass es – wenn überhaupt – nur moderate Mieterhöhungen gibt, dass alle wichtigen Entscheidungen

Wir werden beweisen, dass Renditejagd und Privatisierungswahn nicht alternativlos sind.

meinden organisiert, in denen es Wohnungen der TLG gibt. Sollte mindestens die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner Genossenschaftsmitglieder werden, dann ist der Kauf mit Hilfe des Bankenkonsortiums, das dann die fehlenden Mittel als Kredit ausgibt, zu stemmen. Die Finanzierung über einen Kredit einer Bankengruppe als Fremdkapital ist allerdings üblich und auch notwendig.

Termine der Info-Veranstaltungen, die Beitrittserklärung, die gültige Satzung und viele Hintergrundinformationen sind auf der Homepage der Genossenschaft www.tlg-fairwohnen.de abgelegt. Unsere Idee trifft auf immer mehr Begeisterung und Anhänger. Alle Beteiligten spüren: GEMEINSAM schaffen wir das Ungeplante!

A N Z E I G E

PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik MEMORANDUM 2012
282 Seiten | 17,90 Euro

Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat. Das Memo, wichtigste Replik auf das Gutachten der »Fünf Weisen«, setzt der herrschenden Austeritätspolitik Alternativen entgegen und zeigt, wie der Finanzsektor wirksam zu regulieren wäre.



Manfred Sohn Der dritte Anlauf
Alle Macht den Räten | 180 Seiten | 12,90 Euro

Manfred Sohn plädiert für eine neue Sozialismuskonzeption und greift zurück auf die »Zeit der Kirschen«, die Erfahrungen der Pariser Commune. Aus dem Scheitern des zweiten Anlaufs 1989/91 schließt er, dass der dritte vorwiegend kommunal und dezentral sein müsse.

Die Zukunft ist immer und überall

Wie Wissen strategisch, Politik programmatisch, Handeln nachhaltig werden kann

Von Rainer Rilling

Das neue »Handbuch für Zeitreisende« (im April 2012 von Charles Yu veröffentlicht) fragt auf Seite 37: »Aber wozu brauche ich schon das Jetzt? Das Jetzt, finde ich, wird überbewertet. Das Jetzt hat's für mich nie so recht gebracht.« Zeit also, sich mit der Zukunft zu beschäftigen, ist sie doch immer und überall gegenwärtig!

Zum Beispiel: Mit der Aussicht auf Profite in der Zukunft wird jetzt investiert, Termingeschäfte werden auf Zukunftsmärkten gehandelt, Kredite werden von Konzernen, Staaten und Bürgern aufgenommen und »später« als Schulden abgezahlt – oder auch nicht. Die fossilen Energievorräte erschöpfen sich, weshalb wir seit Jahrzehnten zu regenerativen Energien überwechseln. Um atomaren Katastrophen in der Zukunft zuvorzukommen, wird heute eine Energiewende angegangen. Um terroristische Anschläge oder das Aufkommen von Machtkonkurrenten in der Zukunft zu verhindern, werden präventiv Länder wie Irak oder Afghanistan okkupiert. Endlich gibt es mit dem Versprechen besserer oder anderer Zukünfte heute Kämpfe, Aufstände, Rebellionen oder Revolutionen – und es gibt natürlich die Kämpfe darum, dass alles so sein wird, wie es heute schon ist.

Kurz: Es wird jetzt gehandelt, investiert, gedroht, gebombt, okkupiert, prophezeit, erhofft, imaginiert und ausgerottet im Namen von etwas, das nicht geschehen ist oder womöglich niemals geschehen wird: der Zukunft oder der Zukünfte.

Durch Kalkulation werden »mögliche« oder »wahrscheinliche« Zukünfte gleichsam in die Gegenwart hineingezogen. Da werden Trends festgemacht, untersucht und womöglich fortgeschrieben (»Wenn wir so weitermachen wie bisher«). Die zukünftige



Spekulationen auf die Zukunft – hier an der Börse

rolle von Einflussfaktoren wird gemessen, in Zahlen ausgedrückt und in Tabellen, Grafiken oder Schaubildern, Karten oder Chronologien vergegenwärtigt. Besonders beliebt sind zahlenfreundliche Faktoren wie Demografie, Ressourcen wie Öl oder Rohstoffe, Technik, Wirtschaftswachstum, Humankapital, Urbanisierung, Klimatrends, Ernährung, Landverbrauch, Knappheiten aller Art. Das ganze wird in Szenarien zusammengefasst, in Wert gesetzt und am Ende stehen zum Beispiel Spekulationen der Finanzindustrie, Machtprojektionen der Militärs, Katastrophenmodelle der Versicherungsindustrie oder Investitionskalküle der Autounternehmen zur Entwicklung der Elektromobilität.

Doch Kalkulationen sind nur ein Ausschnitt aus dem reichen Schatz an Operationen, durch die wir alle Zukünfte präsent machen. Wir haben zu jeder Zeit in unserem Alltagsleben Einsichten in Zukünfte, konstruieren Wege oder Szenarien, modellieren oder erzählen, schreiben Science Fiction als »visionäre Gegenwart« (James Graham Ballard), entwerfen Bilder, Vorstellungen, Visionen oder Utopien, formulieren Kritiken, Absichten, Hoffnungen oder Befürchtungen, planen, träumen, wün-

schzen, simulieren, trainieren oder spielen Zukünfte und ihre Welten.

Nicht Zahlen, sondern die Spiele mit dem »Als ob« machen dann die Zukünfte präsent: »Als ob« Kriege von Robotern in Städten geführt werden. »Als ob« durch einen Atomkrieg der nukleare Winter über uns hereingebrochen wäre. »Als ob« die Durchschnittstemperaturen um vier Grad gesunken wären. »Als ob« immer weniger Kinder gezeugt würden. Die Gegenwart wird durch die Zukunft quasi aufgepumpt.

Solche Imagination von Zukunft ist oftmals weitaus dringlicher als die Zahlenwelt der Trendkalkulationen. Und sie wirken.

Der zukunftsfähige (vor-sichtige) Mensch betreibt et-

wa Daseins-Vorsorge. Hier geht es darum, Entwicklungen zu beeinflussen, bevor sie unumkehrbar werden. Krankheits- oder Altersvorsorge sind Beispiele. Die bekannte Doktrin der »Prävention« (»Vorbeugen«, »Verhüten«) soll das Eintreten einer Zukunft gleich ganz verhindern. Bei der »Vorbereitung« (Präparation) geht es darum, sich auf die Folgen einer Zukunft einzustellen. Technische Hilfswerke, Zivilschutz oder Katastrophenschutz sind dafür da.

Fortsetzung auf Seite 5



Prof. Rainer Rilling ist Soziologe und Research Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Foto: RLS/Ostholt

Foto: AFP/P. Kittiwongsakul

A N Z E I G E

GESELLSCHAFTLICHE DIALOGE

UMSTEUERN!

FÜR EINEN GESELLSCHAFTLICHEN RICHTUNGSWECHSEL IN DEUTSCHLAND

Im Zuge der Krise wird endlich wieder offensive Kapitalismuskritik geübt. Die letzten Jahre haben ein Wiedererstarken der Gewerkschaften gesehen. Neue Protestbewegungen sind entstanden. Was fehlt ist eine transformatorische Kraft, die ein Umsteuern einleiten kann. Soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien müssen erst noch zusammenfinden. Wie kann ein breiter gesellschaftlicher Dialog aussehen, der gerechte Umverteilung, sozialökologische Umgestaltung, demokratisches Umsteuern und Umfassende Solidarität verbindet?

Mit ANNELIE BUNTENBACH stellvertretende Vorsitzende des DGB, Gründungsmitglied des Instituts Solidarische Moderne, Mitglied der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; DR. GREGOR GYSI Fraktionsvorsitzender Partei DIE LINKE. im Deutschen Bundestag; PROF. DR. HARALD WELZER Mitbegründer und Direktor der gemeinnützigen Stiftung »Futurzwei. Stiftung Zukunftsfähigkeit«, Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research (CMR) in Essen

IM RAHMEN DES RLS-PROJEKTES

«LASST UNS ÜBER ALTERNATIVEN REDEN...»



29. JUNI 2012 17:00–20:00

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
MÜNZENBERGSAAL
FRANZ-MEHRING-PLATZ 1
10243 BERLIN

Informationen bei:
Lutz Brangsch,
brangsch@rosalux.de,
Michael Brie,
brie@rosalux.de

Fortsetzung von Seite 4

Wir stellen uns jetzt auf etwas ein, das nicht geschehen ist oder womöglich niemals geschehen wird. Es geht im Kern um die Bemächtigung der Zukünfte – und zwar möglichst schnell. Dafür gibt es seit dem Ende des vorletzten Jahrhunderts ein ständig wachsendes Feld strategischer Politik in der Wissenschaft, den Unternehmen und Staatsapparaten. Manche spezialisierte Think Tanks wie die Prognos AG blicken mittlerweile auf Jahrzehnte der »Zukunftsforschung« zurück. Banken, Rating Agenturen, Beratungsfirmen wie Roland Berger, Booz Allen Hamilton oder Pricewaterhouse sind Zentren dieser strategischen Forschung. Sie bilden neben den strategischen Apparaten des Militärs, der Ökologie, den einschlägigen Abteilungen der Wohlfahrtsökonomie und ein paar Dutzend global agierender Großkonzerne und vor allem Banken die stark durchsetzungsfähigen Visions-, Prognose- und Planungscluster des Gegenwartskapitalismus. Hinzu kommen die »Großrisiken-« und »Sicherheits- (Militär)«forschung und die Erfassung der globalen ökonomischen und politischen Machtverlagerungen. Sie alle arbeiten an einer »Voraussicht« des Kapitalismus in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts.

Interessant ist, dass der neue »lange Blick« von oben die kapitalistische Entwicklung als krisengetrieben begreift. Das dabei gezeichnete Bild sei »ziemlich dunkel« (Anette Braun) fasst eine 2010 erschienene Übersicht zu fast 150 Studien dieser Art zusammen.

Und die Linke?

Am Ende des Films »Chinatown« gibt es eine Unterhaltung zwischen einem Privatdetektiv (Jack Gittes, gespielt von Jack Nicholson) und einem Kapitalisten (Noah Cross, gespielt von John Huston). Gittes hat eben herausgefunden, dass Cross die Wasserversorgung Kaliforniens sabotiert hat, um sich zu bereichern. Gittes ist neugierig, warum Cross das getan hat und fragt:

Jack Gittes: Wieviel sind Sie wert?

Noah Cross: Keine Ahnung. Wieviel wollen Sie?

Jack Gittes: Ich will bloß wissen, wieviel Sie wert sind. Mehr als 10 Millionen?

Noah Cross: Ach du meine Güte, natürlich!

Jack Gittes: Warum tun Sie dann das? Um wieviel besser können Sie dann essen? Was könnten Sie kaufen, was sie sich nicht schon leisten können?

Noah Cross: Die Zukunft, Mr. Gittes! Die Zukunft!

Auch die Linke ist im Zukunftsgeschäft – aber ganz anders. Ihre politische Schlüsselaufgabe ist, Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn (Robert Musil) zueinander zu bringen, im Wirklichen das Mögliche zu finden und im Möglichen das Realistische,

Wirklichkeitsfähige – ohne im Wirklichen das Mögliche und im Möglichen das Wirkliche zu verlieren. Nichts anderes meint die Bloch'sche »Konkrete Utopie«. »Die Utopie« ist, sagt Bloch, »nicht nur Zukunft, sie erhellt die Gegenwart.« Gelingt dies, dann deckt sie das mögliche Bessere im Hier und Heute und im Morgen auf (Robert Misik), das nicht von selbst, sondern durch eine gesellschaftliche Praxis entstehen könnte, deren Modus und Gestalt sie umreißen muss.

Auch die Linke verfügt über einen reichen Schatz von Operationen, durch den sie Zukünfte präsent machen kann. Es ist geradezu ihr Kerngeschäft. Auch sie versucht Vorboten, Anfänge, Einstiege, Treiber, Agenten, Experimente, Hindernisse oder Konstellationen, Arenen, Schwellen und Faktoren der Beschleunigung zu identifizieren. Durch all das macht sie Zukünfte gewärtig und dann kann sie im Jetzt folgenreich werden: Wissen kann strategisch, Politik kann programmatisch, Handeln kann nachhaltig werden. Aus

linker Politik wird Zukunftspolitik der Linken. Ohne sie bleibt Wissen orientierungslos, Politik blind, Handeln ohne Reichweite. Vergisst die Linke, dass Zukunft immer und überall ist, dann hat sie sich aufgegeben.

»Die Utopie«, sagt Bloch, ist »nicht nur Zukunft, sie erhellt die Gegenwart«.

Foto: dpa/P. Pleul



A N Z E I G E

»Der Kapitalismus versagt vor seinen eigenen Ansprüchen«

Sahra Wagenknecht nimmt Ludwig Erhard beim Wort: Wohlstand für alle! In ihrer Analyse unseres Wirtschaftssystems entwirft sie ein Zukunftsmodell, das dort weiterdenkt, wo die meisten Marktwirtschaftler auf halbem Wege stehen bleiben. Ein Plädoyer für politische Handlungsfähigkeit – Grundvoraussetzung für echten Wettbewerb, echtes Unternehmertum und echte Leistung.

»Gute Krisenanalyse ... Wagenknecht demaskiert die Mythen und Schwachstellen des globalen Hyperkapitalismus.« Max Otte



2012, 406 Seiten, gebunden
€ 19,99
 ISBN 978-3-593-39731-3
 Auch als E-Book erhältlich

YouTube Facebook Twitter campus.de

campus
 Frankfurt, New York



Arbeit braucht ein

Der DGB-Index Gute Arbeit – ein Instrument

Hauptsache Arbeit?
Im DGB-Index Gute Arbeit bewerten die Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen – nur 15 Prozent sind zufrieden.

Fotos: dpa/Frank Rumpenhorst; dpa/Michael Reichel



Von Annelie Buntenbach

Als die Entwicklungsarbeiten zum DGB-Index Gute Arbeit im Jahre 2006 begannen, stand der öffentliche Diskurs in Deutschland noch ganz im Banne von Slogans, in denen Fragen nach der Qualität der Arbeitsbedingungen für völlig unerheblich, ja schädlich erklärt wurden. Eine verhängnisvolle Weichenstellung: In einer Zeit, in der – gerade angesichts globalisierter Märkte – ein auf Nachhaltigkeit angelegtes Qualitätsmanagement in der Arbeitswelt gefragt gewesen wäre, wurde dort eine Entwicklung propagiert und zu einem beträchtlichen Teil auch exekutiert, die einer sozialen und kulturellen Regression gleich kommt. Arbeitnehmerrechte wurden demontiert, die Arbeitskultur beschädigt und mit qualitätsfeindlichen Slogans wie »Hauptsache Arbeit« und »Sozial ist, was Arbeit schafft« Stimmung gemacht.

Vom Standpunkt der Beschäftigten und unter den Kriterien des nachhaltigen Wirtschaftens ist »Arbeit ohne Grenzen und zu jedem Preis« – das neoliberale Projekt – eine negative Utopie. Den Gegenentwurf dazu – realistisch und human – liefert das Konzept Gute Arbeit. Als gewerkschaftliche Initiative, inzwischen auch Leitidee, entstand es hierzulande im Widerstand gegen das arbeitspolitische Rollback Anfang der 2000er Jahre und aus den Erfahrun-

gen des betrieblichen Alltags. Darin war schon bald deutlich geworden, dass Fragen der Arbeitsgestaltung wieder deutlich stärker ins Zentrum des gewerkschaftlichen Handelns rücken müssen. Das liegt natürlich in erster Linie, aber keineswegs allein, im unmittelbaren Interesse der Beschäftigten, wie derzeit am rasanten An-



stieg von Burnouts und Berufsunfähigkeitsfällen auf Grund psychosozialer Erkrankungen abzulesen ist. Daran zeigt sich: Eine Gesellschaft, die sich nicht um eine humane Gestaltung der Arbeit kümmert, betreibt Raubbau an ihren sozialen Lebensgrundlagen. Erforderlich aber ist deren Ausbau, und das heißt nicht zuletzt: die Schaffung und die Stärkung von Arbeitsbedingungen, unter denen die Gesundheit der Beschäftigten und damit auch ihre Kreativität und Innovationskraft gefördert wird. Dafür Sorge zu tragen gehört zu den elementaren Aufgaben einer sozialen, demokratischen und zukunftsorientierten Arbeitspolitik.

Was leistet der DGB-Index zur Förderung der Guten Arbeit?

Zunächst einmal die Basisinformationen: Der DGB-Index ist ein Messinstrument, durch das die Qualität der Arbeitsbedingungen bestimmt wird. Das geschieht bundes- und länderweit auf der Basis von Repräsentativumfragen unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, in Betrieben auf der Grundlage von MitarbeiterInnen-Befragungen. In diesen Umfragen werden die Ansprüche der Beschäftigten an die Arbeitsgestaltung und ihre Urteile über ihre derzeitigen Arbeitsbedingungen erhoben. Zur Sprache kommen dabei die wichtigsten Kriterien, an denen die Qualität der Arbeitsgestaltung zu bemessen ist. Das Spektrum reicht von den körperlichen und emotionalen Belastungen, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind, über Lohngerechtigkeit und die Arbeitsplatzsicherheit bis zum Grad der Wertschätzung, den sie im Betrieb erfahren.

Die Index-Umfragen liefern dabei zweierlei. Zum einen werden Daten zu Einzelaspekten der Arbeitsgestaltung ermittelt, z.B. zur Arbeitsintensivierung: So haben etwa bei der letzten bundesweiten Umfrage 2011 insgesamt 63 Prozent der Beschäftigten angegeben, dass sie seit Jahren immer mehr in der gleichen Zeit leisten müssen (Download der Ergebnisbrochure unter www.dgb-index-gute-arbeit.de). Außerdem werden in einem wissenschaftlich fundierten Verfahren aus den Detailangaben der Beschäftigten Indexwerte errechnet, die eine aussagestarke und öffentlichkeitswirksame Schnellübersicht zur Arbeitsqualität ermöglichen. So ergab die letzte bundesweite Vollumfrage, dass nur 15 Prozent der Beschäftigten eine Gute Arbeit haben, 33 Prozent aber Schlechte Arbeit – die restlichen 52 Prozent arbeiten unter mittelmäßigen Bedingungen.

Annelie Buntenbach ist Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands.

Foto: dpa/Christians



menschliches Maß

zur Verbesserung des betrieblichen Alltags



Fotos: dpa/Jan Woitas; dpa/Bartłomiej Zborowski

An Zahlen wie den genannten deutet sich bereits die arbeitspolitische Bedeutung des Projekts an – deren wichtigste Aspekte:

Der DGB-Index leistet eine systematische und auf Periodizität angelegte Berichterstattung zur Qualität der Arbeitsbedingungen, die – anders als etwa Berufsunfähigkeits-Statistiken – den Kernbereich der Arbeit und nicht erst Folgewirkungen erfasst.

Als Maßstab für die Qualität der Arbeitsbedingungen dient ausschließlich das Urteil der Beschäftigten. Das Index-Projekt beruht auf dem Gedanken, dass die Beschäftigten alles in allem einen besseren Einblick als jeder Außenstehende in die Belastungen und Ressourcen an ihren Arbeitsplätzen haben. Vor allem aber, dass ihnen, als den Hauptbetroffenen der Bedingungen, unter denen sie arbeiten, auch

das Recht zukommen muss, die Qualitätsmaßstäbe zu definieren.

Durch die bundesweiten Repräsentativerhebungen wird das Thema Arbeitsgestaltung öffentlich zur Sprache gebracht. Der Index schafft damit Transparenz für die Belastungen und Ressourcen in einem Bereich, in den die Öffentlichkeit allzu wenig Einblick hat. Die Gestaltung der Arbeit aber ist ein Thema von öffentlichem Belang.

Der DGB-Index Gute Arbeit ist ein junges Projekt – 2007 wurde die erste Repräsentativbefragung durchgeführt. Dennoch ist der Einsatz des Index bereits auf allen Ebenen erprobt und bewährt, die für die Arbeitsgestaltung relevant sind – in den Betrieben, branchenweit, im bundesweiten Maßstab und in den Ländern. Das Projekt hat in den Arbeitswissenschaften Anerkennung gefunden. Und es stößt auf wachsendes Interesse in Be-

In der arbeitspolitischen Perspektive ist das Ziel der Ausbau der Erhebungen zu einer Regelberichterstattung auf allen relevanten Gestaltungsebenen. Das ist eine Grundbedingung dafür, dass Gute Arbeit zum Regelfall werden kann – Arbeit braucht ein menschliches Maß.

Letztlich aber ist das Erfolgskriterium, in welchem Maße es im nächsten Schritt gelingen wird, auf der Grundlage der Informationen zur Qualität der Arbeitsgestaltung, die mit Hilfe des Index gewonnen werden, Verbesserungsprozesse ins Werk zu setzen. Der DGB-Index ist ein konstruktives Mittel, das der Gestaltung dient und es nicht darauf angelegt hat, als Schadensprotokoll oder Anklageschrift gelesen zu werden. Im arbeitspolitischen Sinne gleichen die Urteile und Ansprüche zur Arbeitsgestaltung, die von den Beschäftigten formuliert werden, einer Gestaltungsrichtlinie.

A N Z E I G E

Das rote Projekt für den sozial-ökologischen Umbau

Ökologisch – damit der Raubbau an der Natur und die Zerstörung von Lebensgrundlagen ein Ende haben.

Demokratisch – damit die Menschen über ihre Zukunft selbst bestimmen und die Macht von Konzernen und Finanzkapital brechen können.

Sozial – damit Vermögen, Arbeit und Einkommen gerecht verteilt werden und die Menschen angstfrei und gut leben können.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Ein Denkanstoß und eine Einladung zur Debatte unter www.linksfraktion.de/oekologie-für-alle



Auf dem Weg zur Demokratie 2.0?

Chancen und Risiken der Internetgesellschaft

Längst nicht nur ein Informations- und Unterhaltungsmedium: Das Internet eröffnet eine Fülle an Möglichkeiten der Partizipation.

Fotos:
fotolia/ag visuell;
fotolia/ra2 studio



Von Benjamin Winkler

Als im Frühjahr 2011 der tunesische Diktator Ben Ali nach mehrmonatigen Massenprotesten zurücktrat und damit die erste Welle des arabischen Frühlings ihren Erfolg feierte, trugen DemonstrantInnen Schilder mit der Aufschrift »Merci Facebook!«. Hierin zeigte sich symbolisch die Bedeutung der sozialen Netzwerke für die Proteste und Demonstrationen der Millionen Menschen in der arabischen Welt. Mit Hilfe des Internets gelang es den Akteuren, die staatliche Überwachung und Kontrolle zu überwinden und damit der Zensur in Rundfunk und Printmedien zu begegnen.

Auch in den westlichen Ländern veränderte das Internet die politischen Prozesse und Strukturen. Einen ersten Höhepunkt bildete die Wahlkampfkampagne 2008 von Barack Obama in den USA. Über das Internet vernetzten sich Tausende von UnterstützerInnen, sammelten Spenden für den Wahlkampf und verbreiteten Botschaften und Inhalte an die WählerInnen. Anders als bei den vorherigen Kampagnen gelang es, die Menschen direkt einzubeziehen und somit deren Partizipationsanspruch und die Möglichkeiten des Internets zu verbinden.

In Deutschland und anderen europäischen Ländern versuchten zahlreiche PolitikerInnen und Parteien auf ähnliche Weise, Politik neu zu erfinden, wenn auch mit geringerem Erfolg. Der Einzug der Piraten-

partei in vier Landtage zeigt, dass auch hierzulande viele Menschen Interesse am Thema haben und sich neue Politikformen wünschen. Die Piratenpartei setzt dabei nicht nur auf netzpolitische Schwerpunkte, sie organisiert sich ebenso über das Internet und nutzt etwa mit »Liquid Feedback« Werkzeuge für direkte Beteiligung und Entscheidung durch die Mitglieder.

Das Internet besitzt für immer mehr Menschen einen Nutzen, weit über Unterhaltung und Information hinaus. Über soziale Netzwerke können nicht nur private

Informationen ausgetauscht werden, es können auch Diskussionen geführt und Veranstaltungen, beispielsweise Demonstrationen, organisiert werden. Als im Frühjahr 2012 Tausende junger Menschen gegen das internationale Piraterieabkommen ACTA in mehreren deutschen Städten auf die Straße gingen, hatten sie zumeist keine Partei oder Organisation im Hintergrund, sondern vernetzten und organisierten sich via Facebook und Twitter.

Fortsetzung auf Seite 9



Benjamin Winkler ist Soziologe. Er arbeitet an der Universität Leipzig sowie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwerpunkte: Demokratieentwicklung, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Netzpolitik.

Foto: privat





Foto: fotolia/
Marius Graf

Fortsetzung von Seite 8

Auch seit langem bestehende Beteiligungsformen, wie beispielsweise Bürgerhaushalte, Petitionen, Protest-Kampagnen und Planungsverfahren, erhalten durch das Internet neue Beliebtheit und Möglichkeiten. Während zu Analogzeiten oftmals komplizierte Verfahren eingehalten werden mussten, zudem sich Formulare nicht im Netz fanden, gibt es heute übersichtliche, leicht zu handhabende Plattformen, die ihren NutzerInnen umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Hier haben BürgerInnen die Möglichkeit, ihre Vorschläge und Ideen einzubringen, diese mit den PolitikerInnen zu diskutieren und schließlich darüber zu entscheiden. Die Verfahren variieren von Gemeinde zu Gemeinde, von Portal zu Portal. Die für solche Prozesse notwendige Transparenz und der freie Zugang zu Informationen und Wissen (z.B. Förderverfahren) werden von immer mehr Kommunen bereitgestellt. Spätestens seit Bestehen der Enthüllungsplattform »Wiki-leaks« ist bekannt, dass Transparenz notfalls über InternetaktivistInnen hergestellt werden kann.

Auch für die Arbeitswelt ergeben sich neue Möglichkeiten. Die Zukunft der Arbeit liege in der »Cloud«, sagen die Visionen der IT-Branche. Anstatt im Büro zu arbeiten, könnte man zukünftig von zu Hause aus Aufträge erledigen und gemeinsam mit den KollegInnen via Internet diskutieren. Über die »Cloud« ist man permanent vernetzt. Das Ende der Lohnarbeit in weiten Teilen leitet den Übergang zum Siegeszug des Freelancers ein.

Betrachtet man die Entwicklungen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die zukünftige Gesellschaft, vergisst man leicht, einen Blick auf die empirischen Tatsachen zu werfen.

Der Zugang zum Internet ist ähnlich ungleich verteilt, wie der Zugang zu Wissen,

Bildung und die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes. Menschen, die über einen guten Bildungsabschluss verfügen, ein mittleres oder hohes Einkommen beziehen und zudem in der Stadt wohnen, haben deutlich bessere Möglichkeiten, die Potenziale des Netzes zu nutzen. Was man in der Fachsprache »digitale Spaltung« nennt, meint einen ungleichen Zugang zur Infrastruktur des Netzes (z.B. Breitbandnetze) sowie bestehende Hürden in den Variablen Alter, Bildung, Wohnort und Wohlstand. Ganze Regionen und ganze Gruppen von Menschen sind davon bedroht, durch das rasante Tempo des digitalen Wandels abgehängt zu werden. Während auf der einen Seite private Dienstleister, Parteien und Verbände ihre Internetportale ausbauen, sind sie in der Fläche immer seltener vertreten und verlieren damit den Kontakt zu den BewohnerInnen.

Auch ist das Medium Internet selbst nicht per se demokratisch. Die Infrastruktur des Netzes befindet sich mehrheitlich im Besitz großer Telekommunikationskon-

zerne und wird von diesen kommerziell genutzt. Die mitgliederstärksten und wichtigsten sozialen Netzwerke wie Facebook, Google und Twitter haben ihren Sitz in den USA und sind alles andere als transparent organisiert. Millionen Mitglieder haben ihre

persönlichen Daten an diese Konzerne überstellt, welche wiederum damit Umsätze machen und die Daten teilweise beliebig weitergeben. Dagegen scheint die nationalstaatliche Datenschutzgesetzgebung häufig machtlos zu sein.

Sowohl die Debatte zum Urheberrecht als auch die Visionen einer neuen Arbeitswelt zeigen, dass die digitale Entwicklung häufig ohne Kenntnis der realen Produktions- und Verwertungszusammenhänge gedacht wird. Eine einseitige Abschaffung des Urheberrechts zugunsten einer kostenlosen Nutzung der Produkte von KünstlerInnen und Kulturschaffenden ver-

dammt diese zu einem noch mehr prekären Leben, wenn gleichzeitig alternative Modelle zur Existenzsicherung oder gar die Abschaffung des Eigentumsprinzips unberücksichtigt bleiben. In der »Cloud« der modernen Arbeitswelt drohen schließlich noch stärkere Abhängigkeitsmuster aufzutreten, da den modernen Freelancern jegliche Formen der kollegialen Vernetzung und gewerkschaftlichen Organisierung genommen werden. Die Ökonomisierung der Lebenswelt schreitet voran.

Das Internet und der digitale Wandel werfen Widersprüche auf, die bereits vor deren Existenz und Verbreitung bestanden. Zugleich werden neue Möglichkeiten geschaffen, die in der Tat das Potenzial für mehr Demokratie und freie Zugangsformen enthalten. Zur Bekämpfung der digitalen Spaltung, des Datenmissbrauches und des ungleichen Zugangs der Menschen zum Netz braucht es eine spezifische linke Netzpolitik, die sich den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Prinzipien von Eigentum und Verwertung nicht verstellt.

*Neues Medium,
alte Widersprüche:
Wem gehört das
Internet wirklich?*

A N Z E I G E

Wege aus der Eurokrise



Neue soziale Ideen



Mehr vom Alten

www.dielinke-europa.eu



GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Hier die Technik,

Transformationsprojekt »Solidarische Mobilität« –

Von Sabine Leidig

Die Gleichsetzung von Mobilität und Verkehr ist ein Irrweg. Mobilität bedeutet Beweglichkeit und nicht Auto, wie es in den Wochenendbeilagen bedeutender Tageszeitungen suggeriert wird. Viel Mobilität mit wenig Verkehr ist möglich, wenn Schulen, Einkaufsläden, Ärzte oder Parks in der Nähe erreichbar sind – am besten mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Öffentliche Verkehrsmittel sollen allen zur Verfügung stehen – barrierefrei, umweltschonend und möglichst ohne CO₂. Wesentliche Ziele, um (Klima-)Gerechtigkeit und mehr Lebensqualität zu erringen.

Ein autofreier Tag ...

Foto: dpa/
Jens Ressing



Es geht darum, die herrschenden Verkehrsverhältnisse zu überwinden

Der motorisierte Verkehr ist einer der wichtigsten Treiber von Klimawandel, Kämpfen um fossile Ressourcen und Zerstörungen durch Ölförderung oder Agrosprit-Plantagen. Die herrschende Verkehrspolitik ist ungerecht und gesundheitsschädlich, und Verkehr spielt im Mainstream weder bei den Klimaschutzziele, noch bei der Energiewende eine Rolle. Im Gegenteil: die Automobilindustrie rüstet sich für die Verdoppelung des weltweiten PKW-Bestandes in den nächsten 15 Jahren und die Luftverkehrs-

Sabine Leidig war bis 2009 Bundege-schäftsführerin von Attac. Seither ist sie MdB für DIE LINKE Hessen, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Mitglied in der Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität...« und leitet darin die Projektgruppe »Arbeit, Konsum und Lebensstile«.

Foto: privat



dustrie will verdreifachen. Die herrschende Verkehrspolitik stützt den »fossilen« Kapitalblock und subventioniert die schädlichsten Verkehrsarten.

Seit 1990 wurde z.B. das Autobahn-Netz auf dem Gebiet der EU-15 massiv (um 53 Prozent) ausgebaut. Im gleichen Zeitraum fand ein deutlicher Rückbau des Schienennetzes in ganz Europa statt; durchschnittlich um 8 Prozent. In Deutschland war die Verringerung der Schienenkapazität mit minus 17 Prozent besonders groß. Nicht nur die Zahl der PKWs, sondern auch die Zahl der gefahrenen Kilometer pro Person sind in allen Regionen Europas deutlich gestiegen – im EU-15-Kerngebiet um ein Drittel. Überproportionales Wachstum ist beim EU-Binnenflugverkehr zu verzeichnen. In Deutschland hat der Flugverkehr seinen Anteil am gesamten motorisierten Verkehrsmarkt mehr als verdoppelt (1991: 2,6 Prozent, 2008: 5,6 Prozent). Der Straßengüterverkehr wuchs in der EU-27 allein im Zeitraum 1995 bis 2008 um 45,7 Prozent (in Deutschland um 120 Prozent). Im gleichen Zeitraum gingen die Tonnenkilometer auf Schienen um 16 Prozent zurück.

Das vorherrschende Paradigma lautet: Verkehrswachstum ist notwendige Folge und Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Dafür soll Verkehrspolitik die Infrastruktur bereitstellen und dafür sorgen, dass die Verkehrsströme fließen – koste es, was es wolle.

A N Z E I G E

TLC FAIRWOHNEN

Wo einzahlen sich auszahlt! Wohnungen in Mieterhand.

Wohnen ist ein fundamentales Grundbedürfnis der Menschen. Es darf nicht der Renditemaximierung überlassen werden. Wohnungen sind kein Spekulationsgut.

Unterstützen Sie unsere Idee: Für eine soziale und sichere Wohnraumversorgung.

Wohnungsgenossenschaften vertreten die Interessen Ihrer Mieterinnen und Mieter. Sie schützen vor Mieterhöhungen und investieren in den Wohnungsbestand. Demokratische Mitbestimmung ist garantiert, denn es gilt „jedes Mitglied hat eine Stimme“.

Werden Sie Mitglied!

Beitrittserklärung, Satzung und ausführliche Informationen unter:

www.tlg-fairwohnen.de

dort der Mensch?

Alternativen zur herrschenden Verkehrspolitik



Alternativen und Initiativen gibt es ohne Ende. Es gibt sie in der eigenen Vergangenheit, als das Leben auch angenehm war, aber mit halb so vielen Autos in den Straßen (Ich erinnere mich an die besondere Freude, die wir als Kinder daran hatten, an autofreien Sonntagen endlich auf Rollschuhen die Bergstraße herunterzufahren). Es gibt sie als »Inseln« im wirklichen Alltag: die Fahrradstadt Münster zum Beispiel, das »Karlsruher Modell«, bei dem über 20 Nahverkehrsunternehmen nicht, wie üblich, in Konkurrenz zueinander, sondern in Kooperation ein dicht vertaktetes Angebot für die ganze Region bereitstellen. Auch die Schweizer Bundesbahn zählt dazu und die Tatsache, dass dort der LKW-Verkehr aufgrund von Volksbegehren massiv eingeschränkt wird. Auch autofreies Wohnen mitsamt wohnortnahem Arbeiten ist – für einigermaßen Wohlhabende – mancherorts zu haben.

Etlliche Verbände, einige Verkehrswissenschaftlerinnen und Stadtplaner, viele Bürgerinitiativen und – neben den GRÜNEN – auch die LINKE (www.nachhaltig-links.de) haben konkrete Vorschläge und umfassende Konzepte, wie man der Verkehrsmisere begegnen kann. Noch ist Verkehrspolitik als Feld sozialer Auseinandersetzungen viel zu wenig im Blick. Dennoch: Mit der Kampagne »Bahn für alle« gegen den Börsengang der Bahn, mit dem Kampf gegen das zerstörerische Immobilienprojekt Stuttgart21 und ganz aktuell mit den Massenprotesten gegen Fluglärm und Wachstum von Luftverkehr wurden Verkehrsthemen zum Gegenstand gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen gemacht.

»Solidarische Mobilität« – ein Versuch der Ermächtigung

Es braucht gesellschaftliche Transformation: planmäßiger Ausbau von Bahn und (Elektro-)ÖPNV, Umbau und Begrünung der Städte, Regionalisierung von Wirtschaft, Konversion, Reparatur- und Recycling-offensiven, schrittweise Verteuerung von Transport. Es geht um Perspektiven für gute Arbeit: Auto- und Flugzeugindustrie müssen »gesundgeschrumpft« werden, aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten. Dazu ist eine Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik mit neuen Arbeitsfeldern und sozialer Absicherung nötig. Planung, Steuerung und Gestaltung gesellschaftlicher Infrastruktur und Produktion muss in demokratischen Prozessen erfolgen, z.B. mit allgemeinwohlorientierten (Bahn-)Unternehmen, die auch grenzübergreifend kooperieren und nicht auf kapitalistischen Wettbewerb getrimmt werden.

Es geht auch um die Verteilungsfrage. Denn während Besitzer besonders großer Limousinen steuerliche Vorteile genießen, werden vor allem die Armen abgehängt und wohnen überdies noch in den lautesten Straßen. Und es geht um internationale Solidarität. Wenn wir den motorisierten Verkehr halbieren, sind die Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten im globalen Süden weniger bedroht.

Der Begriff »solidarische Mobilität« ist in Vorbereitung der Konferenz auto.mobilit.krise entstanden, die im Oktober 2010 in Stuttgart stattgefunden hat. Hintergrund war die virulente Krise der Automobil-

industrie, verbunden mit der Frage »Wem gehört die Stadt?!« Ziel war und ist, dem Gerede über technische Alternativen (etwa in Form von Elektromobilität oder Agrartreibstoffen) eine soziale Debatte entgegenzustellen. Widerhall hat der Ansatz in Workshops beim Attac-Kongress »Jenseits des Wachstums« gefunden und im Schwerpunkt »Sozial-ökologischer Umbau« der Bundestagsfraktion DIE LINKE ist solidarische Mobilität eines der drei Leitprojekte.

Mittlerweile haben wir auch das »Netzwerk Solidarische Mobilität« auf den Weg gebracht. Wie durch die Gründung von Attac vor fast 15 Jahren, als verschiedene theoretische und praktische Globalisierungskritiken gebündelt wurden, wollen hier Aktive aus Verbänden, Bürgerinitiativen, Wissenschaft und Politik zusammenwirken, um auf allen Ebenen und mit verschiedenen Mitteln für einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik zu streiten. Vom 12. bis 14. Oktober dieses Jahres wird der erste Ratschlag stattfinden (www.solimob.de/solimob).

Der Anteil des Flugverkehrs am gesamten motorisierten Verkehrsmarkt wächst rasant.

Foto: dpa/
Patrick Pleul

A N Z E I G E

**ANOTHER
EUROPE
IS POSSIBLE**
EuropeanLEFT

Die Durchführung einer Europäischen Bürgerinitiative ist nur eine von mehreren aktuellen und interessanten Projekten der Partei der Europäischen Linken.

Über deren Start sowie für weitere Informationen, wendet Euch an info@european-left.org

A wie Anfang

Ein Lexikon der Alternativen

Von Martin Hatzius

Fotos: fotolia/
Gunnar Assmy

Ein Lexikon der Alternativen dürfte es gar nicht geben, wenn man der Krisenrhetorik der Regierenden Glauben schenkt. Was sollte in einem solchen Nachschlagewerk – außer lauter weißen Seiten – denn zu finden sein, wenn Bankenrettungen, Schuldenbremse, Sozialabbau nun einmal »alternativlos« sind?

Der »Killerphrase von der Alternativlosigkeit« ein trotziges »Stimmt nicht!« entgegenzuschleudern, genügt den 170 internationalen Autorinnen und Autoren des hier vorgestellten Buches indessen nicht. Anspruch des »ABC der Alternativen 2.0« ist es vielmehr, »über das große »Nein« zu den gegenwärtigen Verhältnissen hinaus gesellschaftliche Alternativen positiv auf den Begriff zu bringen«, wie die Herausgeber im Vorwort schreiben. Eine erste Ausgabe des Lexikons war bereits 2007 erschienen. Den gewaltigen ökonomischen und sozialen Erschütterungen der Zwischenzeit trägt



die Neuauflage Rechnung: Der gelebte Widerstand der Indignados in Spanien, der Protest der Occupy-Bewegung, die Aufstände in Nordafrika finden in der aktuellen Auflage ihren Niederschlag. 46 Stichworte sind neu aufgenommen worden.

Wer über Alternativen redet und schreibt, wer also davon überzeugt ist, dass im Vorhandenen Möglichkeiten des Anderen, Besseren verborgen sind, begibt sich zwangsläufig auf ungesichertes Terrain. Etwas handfest Bestehendes zu verteidigen, so übel es auch sein mag, ist eine einfachere Aufgabe als das Aufzeigen dessen, was bislang nur denkbar und wünschenswert wäre. So ist es wohl zu erklären, dass sich im »ABC der Alternativen« zwischen überzeugenden Argumentationen, präzisen Begriffsdefinitionen und historischen Abrissen auch weniger anschauliche Bemühungen um Theorie- und Perspektivbildung finden. Weil das Buch sich ausdrücklich zur Pluralität der Möglichkeiten bekennt, ergeben sich zudem zwischen einzelnen nachzulesenden Positionen Spannungen und Widersprüche – etwa über die Rolle des Staates, über die Priorität von Verteilung oder Ökologie, über den Vorrang systemtransformierender oder systemimmanenter Ansätze. So ist dieses Nachschlagewerk mitnichten ein Lehrbuch. Es ist eine Aufforderung zum Weiterdenken.

Das abstrakt Gedachte mit Leben zu füllen, ist redend und schreibend allein nicht machbar. Doch wie sollte man Entscheidungen treffen, die sich gewohnten Mustern widersetzen, wenn man das Mögliche nicht vorher denkend ausgehandelt hat? Wer das »Denken als Probehandeln« begreift (Dietmar Dath), kommt um die anstrengende Auseinandersetzung mit Begriffen und Begründungen nicht herum. Insofern ist das »ABC der Alternativen« ein Sammelbecken linker Ideen und Experimente, die um Mehrheitsfähigkeit ringen und auf Fortsetzung in der Praxis drängen.

Es ist dem Alphabet zu danken, dass sich der allererste Eintrag der »Alltagskultur« zuwendet. Nirgendwoanders als im Hier und Heute hat es das Nicht-Hinterfragte leichter, sich als Selbstverständliches zu tarnen. Und nirgends sonst tritt die Wucht der Herausforderung, pri-



vates Handeln mit den Ideen gesellschaftlicher Emanzipation zu vermitteln, so deutlich zutage. Freilich, der Alltag kann nur ein Anfang sein. Aber der ist entscheidend.

ABC der Alternativen 2.0 – Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. Hrsg. v. Ulrich Brand, Bettina Lösch, Benjamin Opratko und Stefan Thimmel. VSA: Verlag Hamburg 2012, 350 S., brosch., 15 €.



IMPRESSUM:

Herausgegeben von neues deutschland und Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehringplatz 1
10243 Berlin
www.nd-online.de
www.rosalux.de

Redaktion:
Martin Hatzius,
Stefan Thimmel
V.i.S.d.P.
Jürgen Reents

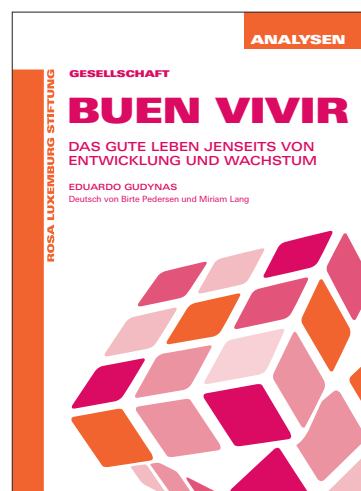
nd-Anzeigen:
030-2978 1841
(Friedrun Hardt)

Druck: Druckhaus
Schöneeweide

A N Z E I G E

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



BUEN VIVIR
Das gute Leben jenseits von
Entwicklung und Wachstum
Von Eduardo Gudynas
Deutsch von Birte Pedersen und
Miriam Lang

Reihe »Analysen«, März 2012
ISSN 2194-2951
www.rosalux.de/publication/38264

**FINANZDOMINIERTE
AKKUMULATION UND
DIE KRISE IN EUROPA**

Von Alex Demirović und Thomas Sablowski
Reihe »Analysen«, Mai 2012
ISSN 2194-2951
www.rosalux.de/publication/38387

NEUE REIHE
der Rosa-
Luxemburg-
Stiftung



LUXEMBURG 2/2012
»DIE LINKE IN EUROPA«

Mit Beiträgen von Perry Anderson | Thomas Händel
John Kelly | Marica Frangakis | Heinz Bierbaum
Asbjørn Wahl | Michel Husson | Fabio De Masi | Bob Jessop
Klaus Ernst | Eva Illouz | Karin Pape u.a.

Juni 2012, VSA: Verlag
www.zeitschrift-luxemburg.de